Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und Zusätze. Beste Kindernahrung. Als Kaffeezusatz billig und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück. Dresden, 1893.

Curt Heinsius Dresden-N., Tieckstr. 27. Fernsprech-Amt II, 2100. Mehrjährige Garantie. Kostenfreie Probe. Geräuschlose Thürschliesser mit doppelter Luftentleerung. Gewalts. Schliessen schadlos.

Feinere Wäsche und Mode-Waaren für Herren. Remke & Scheffler Pragerstrasse 11.

en gros Tuchwaaren en detail
Den Eingang sämmtl. Neuheiten für das Frühjahr in ausserordentlich preiswerthen Qualitäten zeigen ergebenst an
Pörschel & Schneider.
Scheffelstrasse 19 (Ed. Rauchhaus).

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn.
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Gesangbücher
Confirmations- und Ostergeschenke
empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 3

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3. Fernsprechstelle 1606.

Nr. 73. Dienstag, 14. März.

Spiegel: Die Militärvorlage und die Parteien. Hofnachrichten. Sanitätskonferenz, Conservativen-Festmahl. General Heydenreich †. Frühjahrsmarkt, Confirmanden-Bekleidung, Handwerkerverein, Gerichtsverhandlungen.

Politisches.

Nachdem die Entscheidung in der Militärkommission gefallen ist, sollte man eigentlich sich der Erwartung hingeben können, daß die allgemeine Situation etwas klarer beleuchtet sei, als zuvor. Das ist vorläufig nicht der Fall, weil man, so sehr auch der Reichskanzler auf der Gesammtsumme seiner Forderungen zu bestehen schien, doch aus gewissen Aeußerungen darauf schließen kann, daß er doch noch den Weg zu der so dringend wünschenswerthen Verständigung suchen und finden werde. Inzwischen jedoch werden offiziös Bemerkungen mitgetheilt, die der Kaiser gemacht haben soll und die darauf deuten würden, daß die Möglichkeit eines ernsteren Konfliktes auch jetzt noch bestehen bleibt, daß also in einem Appell an die Wähler, und unter Umständen selbst in einem nach dem preußischen Muster von 1863 inscenirten Verfassungskampfe das Schicksal der Militärvorlage besiegelt werden solle. Noch ist ja der Instanzenzug nicht erschöpft, noch fehlen die weiteren Lesungen in der Kommission und die Berathung im Plenum; aus der Haltung vor Allem der klerikalen Organe läßt sich für die Regierung nur wenig Hoffnung auf eine Bekehrung ziehen: Das Gespenst der Reichstagsauflösung ist damit in die nächste Nähe gerückt.

Wenn nun auch bei den vielleicht schon nahen Wahlen die Militärfrage kaum die allein maßgebende Rolle spielen wird, wenn auch die Wählerschaft sich klarer, als das letzte Mal, die Thatsache vor Augen halten dürfte, daß die neuen Reichstagsmitglieder nur im Anfange dieses Thema zu behandeln haben, und wenn sie daher ganz andere Gesichtspunkte, z. B. die Stellung zu den Fragen der Landwirthschaft und zum Antisemitismus, in den Vordergrund rücken wird, so bleibt es doch vor Allem wünschenswerth, die Grundzüge der Militärvorlage im Auge zu behalten. Man wird sich dabei auch klar darüber bleiben müssen, daß man sehr wohl — wie es bei den Konservativen bis zu ihrer plötzlichen Schwenkung der Fall war — für eine starke Erhöhung der Wehrkraft eintreten, aber die jetzt vorgeschlagenen Wege verwerfen kann, daß also der Begriff der Vaterlandsliebe sich keineswegs deckt mit der blinden Zustimmung zu dem jetzigen Plane. Zieht man die Gegnerschaft des Fürsten Bismarck in Betracht, so könnte man viel leichter zu dem entgegengesetzten Schluß gelangen. Ein zweites, sehr wichtiges Motiv für die Wahl seiner Stellung wird der einzelne Wähler aus der Entscheidung darüber zu entnehmen haben, auf welchem Wege die Deckungskosten aufgebracht werden. Das Eintreten für die Vorschläge der Regierung wird jedenfalls ganz wesentlich erleichtert sein, wenn die Mehrkosten nicht den breiten Volksmassen als erneute Last auf die Schultern gelegt werden, wenn sie vielmehr gewonnen werden können durch einen kräftigen Anschnitt jener Pflanze, die Minister v. Maybach nun einmal als den „Giftbaum" bezeichnet hat. Eine ausgiebige Börsensteuer, wie sie in Zukunft sicher kommen dürfte, würde schon ihrer sozialen Wirkungen wegen der Militärvorlage manche Freunde zuführen.

Je näher nun die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstags rückt, um so nothwendiger ist es, die Grundzüge des vorliegenden Planes sich vor Augen zu halten. Das Bedürfniß, das Heer weiter auszubauen, ist historisch und politisch sicher begründet; vor allen Dingen galt es, gewisse Lücken im Unteroffizierkorps, in der Artillerie und den Spezialwaffen auszufüllen, dann aber auch die Truppenzahl der steigenden Bevölkerungsziffer und den Anstrengungen unserer Zukunftsgegner entsprechend zu erhöhen. Um hierzu eine Mehrheit zu gewinnen, hat die Regierung die dreijährige Dienstzeit bei der Infanterie aufgegeben, also aus taktischen Gründen in eine Verminderung der Qualität gewilligt. Um wiederum dieses Defizit auszufüllen, fordert sie Kompensationen in quantitativer Beziehung. Die Sache steht also derart, daß die Anhänger des alten Militärkurses für eine starke Vermehrung des Heeres eintreten — als ihr Führer kann Fürst Bismarck gelten —, daß sie aber die zweijährige Dienstzeit verwerfen und also auch die Kompensationen, die danach überflüssig werden. Eine zweite Gruppe — die der Konservativen mit Ausnahme des „Reichsboten" — bewilligt Alles trotz ihrer lange verfochtenen Bedenken gegen das Aufgeben des dritten Dienstjahres. Eine dritte Gruppe wiederum, die eigentlichen Oppositionsparteien, verlangen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, sind aber entschlossen, weder die hierfür als nothwendig erkannten vollen Kompensationen zu bieten, noch über den Rahmen des Bestehenden hinaus irgend etwas für die Vermehrung der Wehrkraft zu thun. Sie wollen also im Grunde nichts Anderes, als was sie immer gewollt: „für das Militär keinen Mann und keinen Groschen." Der Unterschied in den Ansichten der Freisinnigen und der Klerikalen ist nur gradueller Art. Eine vierte Gruppe bilden die Antisemiten, die ihre Zustimmung zu den Forderungen der Vorlage abhängig machen von dem Nachweis einer zweckentsprechenden Deckung der Kosten. Daneben stehen als fünfte Gruppe die Nationalliberalen. Sie acceptiren die zweijährige Dienstzeit, halten jedoch die geforderten Kompensationen für zu reichlich bemessen und wollen Kürzungen; sie bewilligen jedoch immerhin Vieles, was außerhalb der Kompensationen steht. Ein Theil von ihnen nähert sich sogar dem konservativen Standpunkte ganz.

Im Einzelnen lassen sich die Forderungen der Heeresvorlage in wenigen Sätzen rekapituliren: Man hat zu unterscheiden zwischen der Erhöhung der Friedenspräsenzzahl um 72,037 Gemeine und der Vermehrung des jährlichen Rekrutenkontingents um 60,000 Mann. Die Summe der neuen Ausgaben wird bestimmt durch den erstgenannten Posten sowie durch die Vermehrung der Offiziere, Aerzte und Unteroffiziere. Die sogenannten „Kompensationen" nun, — abgesehen also von den Neuformationen und sonstigen Verstärkungen — erfordern eine Erhöhung der jährlichen Ausgaben um rund 39 Millionen und eine Erhöhung der Präsenz um 53,000 Gemeine. Diese vertheilen sich in folgender Weise: 173 vierte Bataillone zu je 160 Gemeinen erfordern eine Präsenz von rund 28,000 Köpfen; um 135 Regimenter von dem niederen auf den mittleren Etat zu bringen, also von 560 auf 600, sowie für die 14 Jägerbataillone werden 16,000 Mann nöthig. Rechnet man hierzu die Vermehrung der Spezialwaffen, so gelangt man zu der aufgestellten Gesammtzahl. Die Kompromißvorschläge suchen in der Kopfzahl der vierten Bataillone und in dem Grade der Etatsverstärkung zu sparen. Was die Vermehrung des jährlichen Rekrutenkontingents anlangt, so sind — wir folgen hier den Aufstellungen der „Tägl. Rundsch." — zum Ersatz für den dritten Jahrgang der Fußtruppen mindestens 26,000, nach anderen Berechnungen 28,000 Mann, erforderlich; ungefähr ebensoviel sind nöthig, um die als Kompensation geforderte Erhöhung der Friedenspräsenzzahl um 53,000 Mann zu decken, so daß sich also neben einer fortdauernden Mehrausgabe von 39 Millionen eine Vermehrung des Rekrutenkontingents um rund 52,000 Mann ergäbe. Die Gruppe der Neuformationen wiederum erfordert eine Erhöhung der Präsenz um 14,000 Köpfe und einen Mehraufwand von rund 14 Mill. und schließt namentlich die Vermehrung der fahrenden Feldartillerie um 60 Batterien ein. Die dritte Klasse endlich betrifft hauptsächlich die Verstärkung von 21 in den Grenzprovinzen liegenden Infanterie-Regimentern und 4 Jägerbataillonen, um sie von dem mittleren auf den hohen Etat zu bringen. Die Kosten belaufen sich auf mehr als 3 Millionen.

Die Freisinnigen des Herrn Richter rechnen nun so: Der dritte Jahrgang, der in Zukunft wegfällt, ist auf 55,000 Mann zu beziffern. Der Ersatz hierfür müßte bestehen in 27,500 Rekruten, die jährlich mehr auszuheben sind. Durch 2 Jahrgänge à 27,500 Rekruten erhielte man den alten Stand, also die bisherige Friedenspräsenzstärke von 487,000 Mann. Damit ist die äußerste Grenze freisinniger Zugeständnisse erreicht, daß aber hierauf die Regierung nicht eingehen kann, ist über allen Zweifel erhaben. Denn für sie ist doch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht Selbstzweck, sie will mehr erreichen, als bisher. Ueberdies ist ihr Verlangen ganz berechtigt, daß, wenn schon die Qualität verringert werden soll, doch eine Gewähr gegeben werden müsse durch die Möglichkeit, die Fußtruppen wirksamer und einheitlicher zu schulen, und diese Möglichkeit erblickt sie in der Errichtung der vierten Bataillone, die allen Nebendienst zu übernehmen und dadurch die anderen Bataillone sehr bedeutend zu entlasten hätten. Diese vierten Bataillone, welche die zum Bureaudienst &c. bestimmten Rekruten ausbilden, sollen die Volksschullehrer, die Oekonomiehandwerker und Einjährigen entnehmen, sie sollen für den Fall der Mobilmachung zugleich den Rahmen liefern, um den Ersatz sofort marschbereit zu machen. Der Kompromißvorschlag des Herrn von Bennigsen setzt zunächst dort ein, wo ausschließlich eine Verständigung möglich ist, sobald man die Einführung der zweijährigen Dienstzeit vertheidigt: Er will die Verstärkung der Bataillone im Innern vermeiden, er hält auch die Vermehrung der technischen Truppen und die Errichtung von 60 neuen Batterien nicht für nothwendig, bezweifelt die Möglichkeit, aus dem „Bedingt-Tauglichen" noch geeignetes Material in genügender Menge zu finden und gelangt zu der Bewilligung von etwa 38 bis 40,000 Mann.

Es ist von Werth, sich diese Angaben vor Augen zu halten. Aber auch die Regierung mag das Eine nicht aus dem Gesichtskreis verlieren: Man darf nicht das Gute nehmen, wo man es findet, sondern soll auch sorglich darüber wachen, daß man es aus reinlichen Händen empfängt. Den Dukaten aus dem Schmutz zu nehmen, ist nicht Jedermanns Sache. Eine Verständigung mit den nationalen Elementen, selbst unter einigen Zugeständnissen materieller Art, ist für Gegenwart und Zukunft tausendmal werthvoller und besser, als etwa die Annahme einer Gabe aus den Händen des Klerus, überdies einer Gabe, die nicht umsonst zu haben sein wird.

L.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. März.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Handelsvertrag mit Columbien. In das Haus ist der Abg. Jungler (freis.), Vertreter des Liegnitzer Wahlkreises, eingetreten. Auf der Tagesordnung steht zunächst 2. Berathung der Novelle zum Postdampfergesetz (Referent Abg. Leipziger). — Abg. Dr. Barth (freis.) beantragt, den Reichskanzler aufzufordern, mit dem Norddeutschen Lloyd in Unterhandlung zu treten behufs Wegfalls des Dienstes der Zweiglinie von Australien nach Samoa unter Reduktion der dafür bewilligten Subvention mit Berücksichtigung der dabei in Betracht kommenden finanziellen Gesichtspunkte. — Staatssekretär Dr. v. Stephan theilt eine Erklärung des Lloyd mit, wonach für denselben der Abänderungsantrag ein Ganzes bilde; er lege gerade auf die Einziehung der Zweiglinie nach Neu-Guinea Werth; dem Lloyd sei also an einer Abfindung, wie sie der Abgeordnete Barth in's Auge fasse, gar nichts gelegen. So groß, daß der Lloyd unter allen Umständen die Samoalinie aufzugeben genöthigt wäre, sei auch der Verlust gar nicht, den er bei dieser Linie erlitten habe. — Abg. Hahn (kons.) spricht gegen die Barth'sche Resolution. — Abg. Dr. Barth (freis.) vertheidigt dieselbe. Eine Abfindung abzulehnen, würde der Lloyd schon seinen Aktionären gegenüber nicht verantworten können. — Staatssekretär Dr. v. Stephan weist darauf hin, daß der Vertrag eine Ersparniß von 330,000 Mk. unter Wegfall der Mittelmeerlinie mit sich bringe. — Die Vorlage wird endgiltig angenommen, die Resolution Barth abgelehnt; dann wird die Etatsberathung beim Etat des Reichseisenbahnamts fortgesetzt. — Abg. Dr. Schrader (freis.) verlangt gesetzliche Sicherstellung des Pfandrechtes der Eisenbahnobligationen und gesetzliche Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung. Letztere sei nöthig, da es das allgemeine Interesse erfordere, daß der Betrieb auf einer nothleidenden Bahn erhalten bleibe. Er bedauere, daß das preußische Kleinbahnengesetz nicht auf das ganze Reich erlassen sei. — Präsident des Reichseisenbahnamtes Schulz weist darauf hin, daß das bürgerliche Gesetzbuch, welches das Pfandrecht regele, dem Abschluß nahe sei. Ob es einer besonderen Regelung der Eisenbahnen bedürfe, werde zur Zeit im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten erörtert. — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.): Der Zeitpunkt des Zustandekommens des bürgerlichen Gesetzbuches dürfte noch fern liegen. Inzwischen werde die Entwickelung des Kleinbahnwesens mangels einer geordneten Regelung des Pfandrechtes gehemmt. Der Etat des Reichseisenbahnamtes wird angenommen. — Beim Etat der Reichseisenbahnen wünscht Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) Mittheilung über die Ateinnahme des laufenden Jahres. Minister Thielen erwidert, daß die Aussichten für die nächste Zukunft nicht rosig seien; für das laufende Jahr sei nach den Ergebnissen der ersten 10 Monate eine Mehreinnahme von 2,4 Millionen gegen den Etat zu erwarten, ein günstiges Resultat, wenn man die besonderen Umstände der wirthschaftlichen Lage während der Cholera berücksichtige. — Abg. Bebel (Soz.) verlangt Ausscheidung der Bestimmung aus den Arbeitsordnungen der elsaß-lothringischen Eisenbahnwerkstätten, wonach alle deutschfeindlichen oder ordnungsfeindlichen Arbeiter auszuscheiden seien. Diese Bestimmung sei unschicklich und gesetzwidrig. — Minister Thielen: Die betreffenden Arbeitsordnungen seien den Arbeiterausschüssen zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Verwaltung müsse das Recht beanspruchen, die Bedingungen festzustellen, unter denen sie Arbeiter beschäftige und Arbeitern kündige. — Abg. Bebel (Soz.) erklärt die angefochtenen Bestimmungen als eine Mißachtung des Gesetzes. — Minister Thielen weist dies entschieden zurück. Arbeiter, welche auf die Vernichtung des Staates ausgehen, Unzufriedenheit erregen und gegen Vorgesetzte hetzen, dürften allerdings in den Staatswerkstätten nicht geduldet werden (Beifall). — Abg. Bebel (Soz.) bleibt dabei, daß durch solche Bestimmungen nur Heuchler großgezogen würden; in den Staatswerkstätten befänden sich nach wie vor Tausende von Sozialdemokraten, die sich das nur nicht merken ließen. — Der Etat wird genehmigt, auch die im außerordentlichen Etat eingestellte Forderung von 250,000 Mk. als erste Rate zur Herstellung einer Eisenbahn von Bingen nach Münzthal, deren Streichung die Commission beantragt hatte, wird angenommen. — Morgen: Rest des Etats.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin besichtigten heute früh im Kunstgewerbemuseum die daselbst ausgestellten und für die Weltausstellung in Chicago bestimmten Modelle der Kaiser Wilhelms-Gedächtnißkirche, sowie der Gnadenkirche. — Die „Nordd. Allg. Ztg." widerspricht der römischen Blättermeldung, der Reichskanzler werde den Kaiser auf der Reise nach Rom begleiten. Der Kaiser wird vom Staatssekretär des Auswärtigen, Frhrn. v. Marschall, vom Oberhofmarschall Grafen zu Eulenburg und von der Chefs der Kabinets begleitet sein. Außerdem geht mit dem Kaiserpaar eine glänzende militärische Suite und das Gefolge Ihrer Majestät der Kaiserin. — In parlamentarischen Kreisen wird erzählt: Der Reichskanzler habe sich dahin ausgesprochen, daß die Auflösung des Reichstages erfolgen werde, falls auch in den weiteren Verhandlungen über die Militärvorlage eine Verständigung nicht erzielt werde. — Die „Staatsbürgerzeitung" schreibt: Wenn die jüdisch-freisinnigen Blätter in hämischer Weise andeuten, daß der Abg. Ahlwardt bei der Antwort des Kriegsministers am Sonnabend im Reichstag absichtlich nicht zugegen gewesen wäre, so ist das eine ganz perfide Unterstellung, da der Abgeordnete Ahlwardt seine Rede in Gegenwart des Kriegsministers hielt, dieser aber darauf Nichts entgegnete, so konnte er selbstverständlich nicht ahnen, daß dies später doch geschehen würde; es wäre das auch jedenfalls nicht der Fall gewesen, wenn der Kriegsminister nicht von dem Abg. Marquardsen direkt zur Antwort aufgefordert worden wäre. Die liberale Judenschutztruppe wußte ja, daß der Abgeordnete Ahlwardt nicht anwesend war; aber es scheint, daß gerade dieser Umstand ihr besonders günstig erschien, eine nochmalige Ehrenerklärung für Ludwig Löwe zu provoziren, die denn ja auch nach Wunsch erfolgte. Nachher aber die Sache so zu drehen, als ob der Abgeordnete Ahlwardt dies hätte voraussehen müssen, das ist eine jener erbärmlichen Verdrehungen, denen wir in der Presse für Juden und Judengenossen fortwährend begegnen. Unser Korrespondent fügt hinzu, daß die Antwort des Kriegsministers auf speziellen Wunsch des Kaisers erfolgte, der seine Verwunderung darüber ausgesprochen habe, daß keine Antwort auf die neuen Beschuldigungen Ahlwardt's erfolgt sei. Daraufhin habe man zunächst die Interpellation Marquardsen hervorgerufen, auf die dann der Kriegsminister seine Erklärung abgelassen habe. Die Sache war also vollständig abgekartet, sonst hätte man sie ja für die dritte Lesung des Etats bis zur Anwesenheit Ahlwardt's zurückstellen können. — Das Abgeordnetenhaus nahm § 1 des neuen Landtags- und Communalwahlgesetzes in der von der Commission beantragten Compromißfassung, unter Ablehnung des Antrags der Freisinnigen auf Einführung des Reichstagswahlrechtes, für die preußischen Landtagswahlen an. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß der frühere Minister des Innern, Herrfurth, für den Antrag der Freisinnigen eintrat. Fortsetzung morgen. — Die Oberpräsidenten der östlichen Grenzprovinzen sind seitens der zuständigen Minister benachrichtigt worden, daß in dem gegenwärtigen Stande der Choleragefahr kein Hinderniß mehr zu erblicken sei, die Beschäftigung russisch-polnischer Arbeiter in jenen Provinzen, soweit ein Bedürfniß dazu obwalte, nach Maßgabe der darüber früher ergangenen Bestimmungen wiederum zu gestatten. — Carl Paasch wurde heute zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er auf seiner Broschüre „Eine Protesteingabe an Se. Excellenz den Grafen Caprivi", um dem Drucker keine Ungelegenheiten zu bereiten, sich selbst als Drucker angegeben hatte. — Der Landrichter Dr. Liebmann ist von einer längeren Urlaubsreise nach Frankfurt a. M. zurückgekehrt; wie verlautet, beabsichtigt er sich in die Liste der Rechtsanwälte beim dortigen Oberlandesgericht eintragen zu lassen.

* **Berlin.** Wie die „Freis. Ztg." meldet, gilt der deutsch-russische Handelsvertrag infolge der Haltung des preußischen Ministeriums als gescheitert.

Magdeburg. Mit dem 8. d. M. hat hier die „Magdeburger Nachricht", ein Blättchen, das hauptsächlich zur Bekämpfung des Antisemitismus begründet war, ihr Erscheinen eingestellt.

Kassel. Die große mechanische Weberei und Segeltuchfabrik von Gottschalk und Comp. ist theilweise niedergebrannt. Mehrere Tausende Militärzelte sind mitverbrannt.

München. Ein Raubmord ist in Riem bei München begangen worden. Eine Bauersfrau und drei Kinder wurden ermordet, das Haus in Brand gesteckt.

Wien. Nach Meldungen aus Karlsbad ist der innere Theil des im Rohbau vollendeten Hauses „Zu den drei Rosen" in der Sprudelgasse eingestürzt und hat eine größere Anzahl von Arbeitern verschüttet. Bisher sind 2 Todte und 11 Verwundete aus den Trümmern hervorgezogen worden. Die Rettungsarbeiten dauern fort.

Paris. Panamaprozeß. Die heutige Verhandlung fand unter großem Zudrang des Publikums statt. Auf Ersuchen des Staatsanwalts ordnete der Präsident an, heute den bisherigen Justizminister Bourgeois zu vernehmen. Mehrere Zeugen sagten aus, der ehemalige Minister Yves Guyot habe ihnen erklärt, daß Constans seiner Zeit während eines Ministerrathes dem Präsidenten Carnot die Liste der bei der Panama-Angelegenheit betheiligten Deputirten mitgetheilt habe. Der Präsident des Gerichtshofes gab hierauf den Befehl, Yves Guyot vorzuladen. Der Vertheidiger beantragte die Vernehmung von Constans. Die Sitzung der Deputirtenkammer wurde ebenfalls unter großem Andrange des Publikums und fortdauernder Erregung eröffnet. Infolge der Abwesenheit Bourgeois' wurde die Berathung der angekündigten Interpellationen bis 4 Uhr vertagt und die Sitzung aufgehoben.

Paris. Infolge der Aussage der Frau Cotta befindet sich die Regierung in einer gefährlichen Krisis. Man glaubt, das Ministerium Ribot werde dieselbe nicht überleben. Auf Bourgeois wurde allgemein eingewirkt, daß er sein Entlassungsgesuch zurückziehe. Er will vor der Kammer und dem Schwurgericht wiederholen, daß er von Soinoury's Schritten keinerlei Kenntniß gehabt habe. Loubet versichert dasselbe und findet allgemeinen Glauben. Soinoury, der vor 8 Tagen zum Generaldirektor der Gefängnisse befördert wurde, legte sein Amt nieder. Frau Cotta wird von den Gegnern der Regierung lebhaft gefeiert und erhält ganze Wagenladungen von Blumen und Kränzen.

* **Paris.** Kammer. Bei der Interpellation betr. den Vorfall Cotta-Soinoury weist Bourgeois energisch die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zurück. Nach den Erklärungen Ribot's nahm die Kammer mit 247 gegen 228 Stimmen die von der Regierung acceptirte Tagesordnung Rivet an, welche besagt: Die Kammer ist entschlossen, der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen, um volles Licht zu schaffen, billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Lausanne. Die von dem Baseler Civilgericht und dem Obergericht von Basel-Land in dem Prozeß gegen die Jura-Simplon-

Pfund's berühmte Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.